



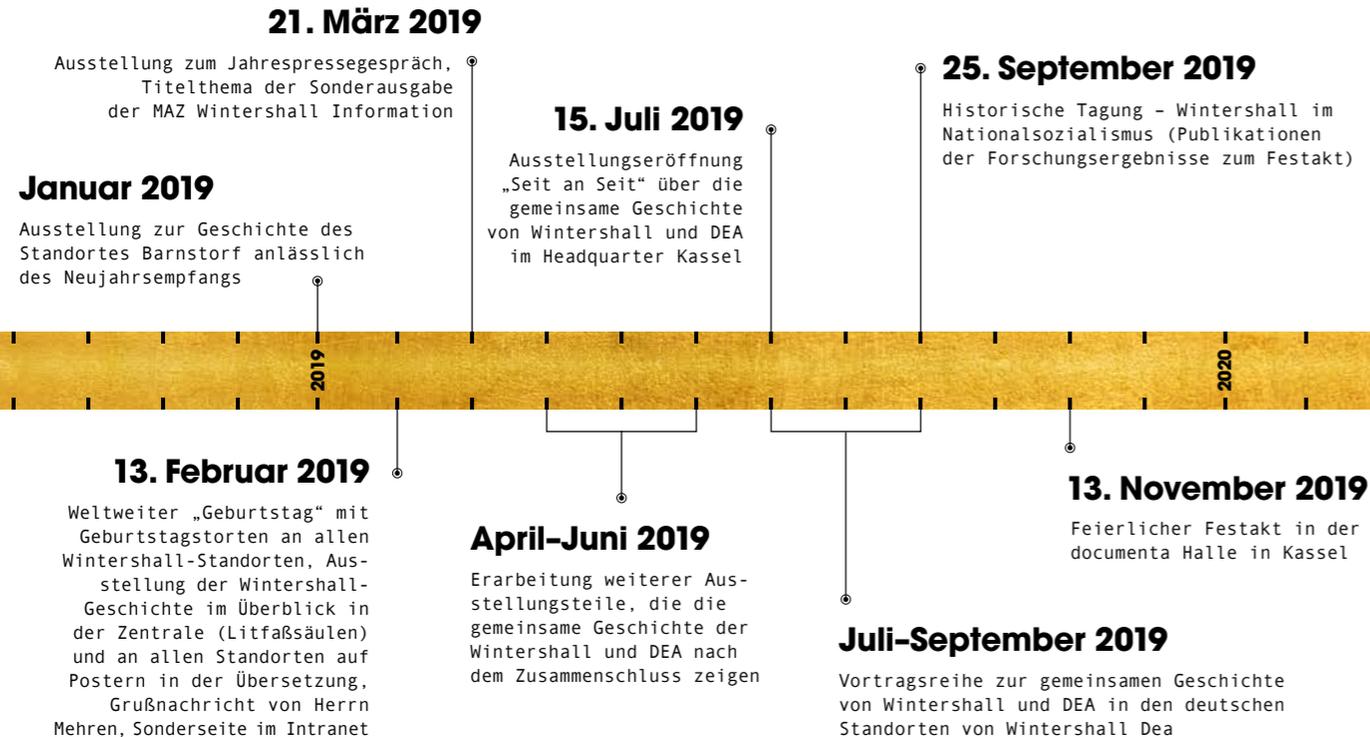
125 JAHRE
WINTERSHALL

Erste Forschungsergebnisse der Aufarbeitung
zur Rolle des Unternehmens im Dritten Reich

Wintershall im Nationalsozialismus



Höhepunkte des Jubiläumsjahres 2019



Herausforderungen annehmen und neue Wege beschreiten: Das zeichnet unsere Unternehmensgeschichte aus. Und das seit nunmehr 125 Jahren.

Wintershall im Nationalsozialismus - erste Forschungsergebnisse der Aufarbeitung zur Rolle des Unternehmens im Dritten Reich

Nach dem Zusammenschluss mit der DEA im Mai 2019 blicken wir genau genommen sogar 245 Jahre zurück, denn auch DEA schreibt in diesem Jahr sein 120. Firmenjubiläum. In dieser Zeit haben beide Unternehmen eine der prägendsten Epochen für Europa miterlebt. Als Gemeinschaftsunternehmen Wintershall Dea beginnt unsere Geschichte zwar erst in diesem Jahr. Doch die runden Jubiläen - und der angesprochene Merger - waren für uns Anlass, um die Geschichte der Wintershall und auch die historischen Berührungspunkte mit DEA aufzubereiten.

Gegenstand der Aufarbeitung ist auch die Rolle der Wintershall im Nationalsozialismus. Dafür hat Wintershall Dea die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GUG) mit der Untersuchung der Firmengeschichte beauftragt.

Drei renommierte Fachleute forschen dafür zu verschiedenen Fragestellungen: Prof. Dr. Manfred Grieger, Dr. Rainer Karlsch sowie Dr. Ingo Köhler.

Bereits Ende 2017 haben wir damit begonnen, unsere hauseigenen Archive zu sichten. Mit der GUG als Partner konnten wir diese Forschungen ausdehnen. So wurden unzählige Archive und Akten durchforstet. Schon allein die Recherchen im Bundesarchiv Berlin haben über 2.500 Kopien und eine lange Inventarliste weiteren relevanten Materials geliefert.

Diese Forschungsarbeit hat nicht nur zur Aufarbeitung der Wintershall-DEA-Geschichte im Nationalsozialismus beigetragen. Sie ermöglichen auch einen genaueren Blick auf das Verhalten der Öl- und Gasindustrie in der NS-Zeit. Nicht zuletzt aus diesem Grund war für uns von Anfang an klar, dass die Forschungsergebnisse transparent aufgearbeitet, dargestellt und veröffentlicht werden müssen. Einen ersten Stand über die bisherigen Ergebnisse bietet das vorliegende Heft.

Die Ergebnisse sind bedrückend. Sie zeigen, dass die Führung der damaligen Wintershall zum Teil eng mit der herrschenden NSDAP verbunden war und die Nationalsozialisten aktiv unterstützt hat. Gleichzeitig profitierte das Unternehmen durch die Ausbeutung von Zwangsarbeitern und von seinem Status als strategisch wichtiges Unternehmen für die Kriegswirtschaft.

Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass die NS-Zeit ein schwarzes, schuld-behaftetes Kapitel der Wintershall war. Und ja, rückblickend müssen wir einräumen, dass die Aufarbeitung bereits deutlich früher angebracht gewesen wäre. Hier stehen wir in besonderer Verantwortung.

Doch in dieser bedrückenden Erkenntnis steckt auch unsere Chance.

Neben der Anerkennung einer historischen Schuld und unserer Verantwortung richten wir mit unserer Forschung den Blick auch in die Zukunft. Gemeinsam mit Dea haben wir ein neues Kapitel unserer Unternehmensgeschichte aufgeschlagen: Wintershall Dea. Ein Unternehmen, das für seine Werte einsteht:

**Für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit
und Demokratie. Für Vielfalt,
Gleichberechtigung und Toleranz.**

So haben wir zum Beispiel die Initiative „Offen für Vielfalt. Geschlossen gegen Ausgrenzung“ ins Leben gerufen und setzen ein Zeichen für eine offene Gesellschaft.

Verkörpert werden diese Werte auch durch unsere Mitarbeiter aus über 50 Nationen, die Tag für Tag ein lebendiges Zeichen für Toleranz, Dialogbereitschaft, für ein friedliches Miteinander und gegenseitigen Respekt setzen.

Diesen Respekt wollen wir mit der offenen, transparenten und kritischen Aufarbeitung unserer Geschichte erwidern. Im Frühjahr 2020 werden die Forschungen abgeschlossen sein und in einer eigenen Publikation in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht werden.

Schon jetzt bedanken wir uns für Ihr Interesse. Gern stehen wir Ihnen für Anregungen, Hinweise oder Nachfragen zu den Forschungsergebnissen zur Verfügung.

Hochachtungsvoll



Ihr Michael Sasse

Senior Vice President, Corporate Communications



125 Jahre Wintershall: Ein Überblick

Mitte des 19. Jahrhunderts wird in Deutschland das erste Kalisalz entdeckt. Seine lukrative Verwendung als Düngemittel beflügelt die Gründung zahlreicher Kalibergwerke und -fabriken. 1894 entsteht dabei auch Wintershall. Zu den Gründern gehören der Bochumer Bergbau-Industrielle Heinrich Grimberg und der Kamener Bohrunternehmer Carl Julius Winter. Da Letzterer anfänglich die meisten Firmenanteile besitzt, wird sein Nachname zusammen mit dem germanischen Wort für Salz, Hall, als Firmenbezeichnung verwendet.

Vom Salz zum Öl

Schon die ersten Bohrungen im hessischen Heringen stoßen auf ergiebige Kalivorkommen. Nach dem Abteufen eines ersten Schachtes wird hier 1903 die Förderung aufgenommen. In der Folgezeit expandiert Wintershall sehr stark und steigt auch dank zahlreicher Zukäufe bis 1920 zum größten deutschen Kalikoncern auf. Doch das Ende des deutschen Kalimonopols und die Folgen der großen Inflationszeit führen zu weniger Absatz und stillgelegten Schächten. Wintershall expandiert daher in angrenzende Branchen. Als wegweisend erweist sich dabei der Einstieg in die deutsche Erdölindustrie. 1931 übernimmt Wintershall hierzu unter anderem ein Unternehmen, das über ergiebige Erdölquellen in Nienhagen bei Hannover verfügt. Damit verbunden ist der Erwerb der Erdölraffinerie Salzbergen, um erste Erfahrungen im Raffineriegeschäft zu sammeln.

Beim Aufbau des neuen Geschäftszweiges profitiert Wintershall von der Machtübernahme der Nationalsozialisten, die den Ausbau der deutschen Mineralölversorgung fordern. Mit finanziellen Zuschüssen des Staates wird das Deutsche Reich ab 1934 systematisch auf Erdöllagerstätten durchsucht. Auch Wintershall beteiligt sich an der Erkundung der heimischen Scholle und entdeckt neue

Vorkommen. Mit dem Zweiten Weltkrieg verschiebt sich der Fokus auf die Ausbeutung von Erdölfeldern in den angeschlossenen und besetzten Gebieten. Zudem betreibt Wintershall Hydrierwerke für die Mineralölerzeugung durch Kohleverflüssigung. Sowohl im Erdöl- als auch im Kalibereich des Unternehmens werden Zwangsarbeiter eingesetzt.

In den 1950er-Jahren kommt es, auch dank eines neuen Mineralölsteuergesetzes, zu einer starken Ausweitung der heimischen Ölförderung. Auch Wintershall erschließt neue Felder, darunter Aldorf, Bockstedt, Landau und Schwedeneck. Parallel entwickelt sich die Erdgasförderung zu einem wichtigen Standbein. Ausgebaut werden zudem das Raffineriegeschäft und die Aktivitäten im Ausland.

Der erste Schritt führt dabei ab 1954 tief in den peruanischen Regenwald an einen Quellfluss des Amazonas. Moskitoschwärme, Riesenschlangen, eine lähmende Tropenglut, schlammige Bohrplätze und Dschungelstraßen – es sind ungewohnte Arbeitsbedingungen für die Wintershaller, wie die Mitarbeiterzeitung damals berichtet. Weitere Auslandsstationen in den Wirtschaftswunderjahren sind unter anderem Kanada, Libyen, Algerien und der Oman. Doch die Suche und Erschließung ausländischer Öl- und Gasquellen sind mühsam und mit hohen Kosten und Risiken verbunden. Wintershall braucht einen kapitalkräftigen Partner und schlüpft daher 1969 unter das Dach der BASF.

Damit einher geht eine Konzentration auf das Öl- und Gasgeschäft. Die Kali- und Steinsalzaktivitäten, die ursprünglichen Wurzeln des Unternehmens, werden 1970 in die ebenfalls noch in Kassel ansässige Kali+Salz AG, heute K+S, ausgegliedert.

Von Deutschland in die Welt

In der Folgezeit gewinnt die Expansion im Ausland noch einmal deutlich an Schub. Im Fokus stehen unter anderem Dubai, Gabun, Griechenland, Katar und die USA. Die Bedeutung der heimischen Erdölförderung ist dagegen rückläufig. Ende der 1980er-Jahre beträgt sie bei Wintershall nur noch ein knappes Drittel der gesamten Förderung. Aber auch hier gibt es immer noch neue Erfolge, wie beispielsweise das größte deutsche Ölfeld Mittelplate vor der Nordseeküste Schleswig-Holsteins. 1987 wird hier die Förderung auf einer eigens für die Schutzbedürfnisse des Wattenmeeres konzipierten Bohr- und Förderinsel aufgenommen.

Die 1990er-Jahre sind unter anderem geprägt vom Aufbau des Gashandelsgeschäfts mit den Erdgasleitungen Midal, Stegal, Wedal und Jagal sowie dem Erdgasspeicher Rehden. In einem mit harten Bandagen ausgetragenen „Gaskrieg“ stellen sich Wintershall und BASF offen gegen den damals bedeutendsten Gasversorger Deutschlands, die Ruhrgas AG. Für das 1993 in der WINGAS gebündelte Geschäft geht Wintershall 1990 eine enge Kooperation mit der russischen Gazprom ein. Es ist der Beginn einer langjährigen Partnerschaft, die bis heute unter anderem in verschiedenen Gemeinschaftsunternehmen in Westsibirien fortgeführt wird.

Neben Russland entwickeln sich in den 1990er- und 2000er-Jahren zudem Argentinien, die Vereinigten Arabischen Emirate sowie die Nordsee vor Großbritannien, den Niederlanden, Dänemark und Norwegen zu neuen Schwerpunktregionen. Wintershall befördert diese Entwicklung durch verschiedene Akquisitionen, wie etwa der niederländischen Clyde Petroleum 2002 und der norwegischen Revus Energy 2008.

Der Fokus der Unternehmensaktivitäten verschiebt sich in dieser Zeit immer stärker auf die Förderung von Gas und Öl. Aus dem Raffineriegeschäft zieht sich Wintershall angesichts großer Überkapazitäten in Europa zurück.

Ein europäischer Champion entsteht

Das Jubiläumsjahr 2019 ist geprägt von einem weiteren Meilenstein: dem Zusammenschluss mit der DEA Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft.

Beide Unternehmen verbindet eine lange Historie – von Wettbewerbern über vertrauensvolle Partner bis hin zu einem gemeinsamen Unternehmen: Die DEA, 1899 als Lohnbohrunternehmen gegründet, erklärt bereits 1906 die Erdölförderung zum neuen Hauptgeschäftsfeld. Anfänglich ist sie vor allem im Erdölrevier Wietze aktiv, später dann ebenfalls in Nienhagen. Hier fördern sich Wintershall und DEA mit benachbarten Bohrtürmen gegenseitig das Öl unter der Scholle weg.

Doch noch im Dritten Reich kommt es zu ersten Annäherungen, um Ölvorkommen in den besetzten Gebieten Ost- und Südosteuropas auszubeuten. Daran knüpfen beide Unternehmen ab den 1950er-Jahren an: Gemeinsam erschließen sie heimische Ölvorkommen wie in Schwedeneck oder Mittelplate und übernehmen eine Tankstellenkette. Auch international suchen sie früh den Schulterabschluss, um im weltweiten Wettbewerb mit den großen Ölkonzernen zu bestehen. Gemeinsam agieren beide Unternehmen bereits zur Wirtschaftswunderzeit in Peru, Libyen und im Oman.

Erste, vor allem politisch getriebene Überlegungen zur Verschmelzung beider Unternehmen gibt es bereits Mitte der 1960er-Jahre. Doch noch ist die Zeit nicht reif. Erst 2019 wird der Zusammenschluss zum führenden unabhängigen europäischen Gas- und Ölunternehmen Wintershall Dea verwirklicht. Rund 4.000 Mitarbeiter aus 50 Nationen suchen und fördern Erdöl und Erdgas in Europa, Russland, Lateinamerika sowie im Nahen Osten und Nordafrika.

Gemeinsam wollen sie sich den großen Herausforderungen in einer sich schnell verändernden Welt stellen – und der vereinten Unternehmensgeschichte von Wintershall Dea ein neues erfolgreiches Kapitel hinzufügen.

Zwischen Opportunismus und Pragmatismus. Die Verstrickung der Wintershall AG und ihrer Vorstände mit dem Nationalsozialismus

Unternehmensgeschichte als Erinnerungskultur

Das Erinnern an die Folgen von persönlicher Diskriminierung und Verfolgung, von Zwangsarbeit, Ausbeutung und Beraubung gibt den Opfern Gesicht und Stimme. Umso mehr die Generation der Betroffenen langsam verschwindet, gilt es, dem Vergessen entgegenzuwirken. Ihre Geschichte weiterzutragen, ist eine Frage des gebührenden Respekts und der taktvollen Pietät.

Noch wertvoller wird die Selbsterkenntnis über die Rolle des eigenen Unternehmens im NS allerdings, wenn sie nicht nur rückwärtsgewandt als mahnender Zeigefinger der Vergangenheit aufgefasst wird. Aus der historischen Verantwortung kann eine zukunftsorientierte Erinnerungskultur im Unternehmen erwachsen, die sich den Werten von Demokratie, Vielfalt und Miteinander versichert und verschreibt. Gerade angesichts der historischen Selbstvergessenheit, die manche gesellschaftlichen Debatten heute wieder prägt, kommt den Lehren aus der eigenen Unternehmensgeschichte eine kostbare identitätsstiftende Bedeutung zu.

Die Wintershall AG verstrickte sich in der Zeit des Nationalsozialismus tief mit den Machenschaften des Unrechtsregimes. Sich dieser historischen Verantwortung zu stellen, besitzt auch für das heutige Unternehmen eine wichtige Bedeutung.

August Rosterg: Ein berechnender Kooperationspartner des NS-Regimes

Eine Schlüsselrolle in der Verbindung zwischen der Wintershall AG und dem NS-Regime kommt dem Generaldirektor August Rosterg (1870-1945) zu.

Der westfälische Ingenieur lenkte die Geschicke des Unternehmens bereits seit 1916 mit großem Erfolg. Er war ein autoritärer Patriarch und im Kern konservativer Unternehmer. Die Weimarer Republik lehnte Rosterg ab, da er die Wirtschaftspolitik zu sehr von der politischen Linken und starken Gewerkschaften geprägt sah, die mit ihren übertriebenen Lohn- und Arbeitszeitforderungen den Erfolg seines Unternehmens bedrohen würden. Der Generaldirektor wünschte sich einen starken Staat, der das deutsche Kalisyndikat gegenüber ausländischen Wettbewerbern schützen, den Firmen zugleich möglichst große Handlungsfreiheiten zusichern sollte.

Es waren diese reaktionären, antidemokratischen Überzeugungen, gepaart mit geschäftlichem Opportunismus, die Rosterg motivierten, die Nationalsozialisten schon seit 1931 auf ihrem Weg zur Machterlangung zu unterstützen. Der Wintershall-Vorstand zählte damit zu den frühen Förderern des NS. Gemeinsam mit Günther Quandt, dem Großbeigler und Aufsichtsratsvorsitzenden der Wintershall, und anderen Industriellen traf er schon vor 1933 mehrfach persönlich mit Adolf Hitler zusammen, um den zukünftigen Wirtschaftskurs zu besprechen. Im Frühjahr 1932 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern des sog. „Keppler-Kreises“

und versorgte die NS-Bewegung vor und nach der Machterlangung mit großzügigen Spenden. Über den „Freundeskreis Reichsführer SS“ trat er 1935/36 in persönlichen Kontakt mit Heinrich Himmler und begann, auch die weltanschaulichen und parteipolizeilichen Projekte der SS finanziell zu fördern.

Dabei war sein Verhalten weniger durch eine ideologische Nähe zu den Regimezielen als vielmehr vom schlichten Pragmatismus geprägt, geschäftlich von der Kriegswirtschaft und den Autarkieplänen zu profitieren. So geriet er bei dem Versuch, die innere Organisation des Konzerns vor dem Einfluss von DAF-Funktionären und Parteibuchkarrieristen frei zu halten, durchaus auch in Konflikte zur NS-Parteibasis. Seine Taktik, sich durch finanzielle Begünstigungen geschäftliche und politische Protektion zu erkaufen, ging letztlich kaum auf.

Der Wintershall-Vorstand agierte als Mitwisser und Förderer des NS-Systems, was ihn immer tiefer in seine Strukturen von Raub und Verfolgung hineinzog.

Geschäfte mit der Verfolgung: Wintershall und die „Arisierung“ der Wirtschaft

Die Mischung aus Distanz und Nähe zum Regime zeigt sich auch bei der Mitwirkung von Wintershall bei der Verdrängung jüdischer Unternehmer aus der deutschen Wirtschaft.

In den eigenen Gremien hielt Wintershall noch bis Sommer 1935, d.h. im Vergleich zu anderen Branchenunternehmen recht lange, an jüdischen Mandatsträgern fest, mit denen Rosterg seit Langem geschäftliche und persönliche Beziehungen pflegte. Erst als der politische Druck zu groß wurde und geschäftliche Sanktionen drohten, wurde die Demission umgesetzt. Gegenüber außerhalb des Unternehmens stehenden jüdischen Unternehmern zeigte man weniger Skrupel. Bei der Übernahme der Burbach AG wurden Abfindungsforderungen jüdischer Bankiers mit politischer Unterstützung negiert. Wintershall nutzte den Verfolgungsdruck des NS stillschweigend zum eigenen Vorteil.

Eine weitaus aktivere Rolle zeigte der Vorstand bei der „Arisierung“ der Anhaltischen Kohlenwerke und der Werden-Weißenfelser Braunkohlen AG aus dem Besitz des jüdischen Julius-Petschek-Konzerns. Mit dem Argument, man müsse die deutschen Rohstoffe in deutsche Hände überführen, versuchte Rosterg Mitte 1937 seine Kontakte zum NS spielen zu lassen, um die Petschek-Gruben übernehmen zu können. Bereits sein Kaufangebot an die jüdischen Besitzer lag deutlich unter dem eigentlichen Wert. Als sich in der Folge die IG Farben und vor allem der Flick-Konzern im Auftrag der Vierjahresplanbehörde unter Hermann Göring in die Verhandlungen einschaltete, wurde der Verkaufspreis nochmals drastisch herabgesetzt. Rosterg und Wintershall profitierten eher passiv, da sie sich nicht

selbst an der Verfolgung der Inhaber beteiligten, wohl aber den von Flick und der NS-Behörde ausgeübten Druck ausnutzten, um zu einem äußerst vorteilhaften Geschäftsabschluss zu kommen. Der jüdische Besitz wurde schließlich zwischen den deutschen Interessenten aufgeteilt. Die Wintershall AG war somit Nutznießer und williger Profiteur der Judenverfolgung.

Immer dabei: Wintershall und die Feldzüge im besetzten Europa

Ein wichtiger Mitspieler war Wintershall auch bei der Ausbeutung der Ölvorkommen der sog. Besetzten Gebiete in Mittel- und Osteuropa während des Zweiten Weltkrieges. Der private Konzern engagierte sich mit Unterbeteiligungen an der Kontinentale Öl AG und den Beskidene Erdölverarbeitungs- und Gewinnungsgesellschaften (ab 1942: Karpaten Öl AG), die im Auftrag des NS-Regimes einen kolonialistischen Raubzug durch die Ölvorkommen im Kaukasus, im Baltikum, in der Sowjetunion und im polnischen Galizien vollzogen.

Wintershall agierte in diesen staatlich dominierten Dachgesellschaften gemeinsam mit weiteren Partnern der deutschen Mineralölindustrie. Das Unternehmen wurde zum Erfüllungsgehilfen einer Rohstoffstrategie, die zur Sicherstellung der Versorgung der Wehrmacht nicht nur keine Rücksicht auf bestehende Besitz- und Schürfrechte Hunderter ausländischer Förderunternehmen nahm.

Zugleich involvierte dieses schmutzige Geschäft den Konzern in die Ausbeutung, die Qualen und Leiden Tausender Fremd- und Zwangsarbeiter, die unter unmenschlichen Bedingungen in den deutschen Werken arbeiten mussten. Dass die Wintershall AG hiermit als durchaus typisches Beispiel der Mechanismen der Verstrickung zwischen Unternehmen und Regime gelten kann, mindert nicht ihre individuelle Schuld und Verantwortung.



PD Dr. Ingo Köhler

Ingo Köhler ist deutscher Wirtschaftshistoriker und seit Juni 2019 Assistent der Koordination des DFG-Schwerpunktprogrammes zum Thema 1859: „Erfahrungen und Erwartungen. Historische Grundlagen ökonomischen Handelns“ an der Humboldt-Universität Berlin. Zuvor war er seit 2016 Leiter der DFG-geförderten Forschungsstelle „Profis der Prognose: Marktforschung als Grundlage unternehmerischer Erwartungsbildung in Deutschland und den USA nach 1945“ an der Universität Göttingen. 2003 promovierte er mit der seitdem mehrfach ausgezeichneten Arbeit „Die Arisierung jüdischer Privatbanken im Nationalsozialismus (1933-1939) und die Frage der Wiedergutmachung“.

Ökonomie der Zerstörung. Vom Kali- zum Mischkonzern 1931-1945

Der Kali-Industrie AG (ab 1929 Wintershall AG) gelang es unter der Leitung von August Rosterg, ihre Position auf dem Inlandsmarkt durch den Abschluss eines Vertrages mit dem Land Thüringen zu verbessern und 1926 auch entscheidenden Einfluss auf das Zustandekommen des deutsch-französischen Kaliabkommens zu nehmen.

Noch stärker als ihre Wettbewerber setzte die Kali-Industrie AG auf die Rationalisierung der Produktion, was 1925 seinen Ausdruck in der Inbetriebnahme des modernsten Kaliwerks der Welt in Merkers fand. Zunehmend wichtiger wurden die Herstellung von Mischdüngern und die Vermarktung von Nebenprodukten der Kali-gewinnung, wie Brom, Kieserit, Glaubersalz und Chlormagnesium.

In der Weltwirtschaftskrise (1929-33) konnte sich die Wintershall AG aufgrund ihrer starken Stellung im Kalisyndikat (42-prozentiger Anteil) und der Preis- absprachen mit den französischen Herstellern besser behaupten als die meisten anderen Unternehmen. Rosterg sah weniger die kartellierte Kaliindustrie als vielmehr die gesamte deutsche Wirtschaft und Gesellschaft in existenzieller Gefahr. Er forderte einerseits die Rückkehr zu einem liberalen Wirtschaftssystem, wie es vor dem Ersten Weltkrieg bestanden hatte, wollte andererseits einige der wichtigsten Errungenschaften der Republik abgeschafft und die Gewerkschaften zerschlagen sehen. Die Weimarer Republik hielt er für komplett gescheitert und befürwortete eine Diktatur. Ihre wirtschaftspolitischen Ideen führten Rosterg und August Diehn, Generaldirektor des Kalisyndikats, Anfang

der 1930er-Jahre in eine fatale Nähe zur NSDAP, deren diffuse wirtschafts- politische Programmatik sie zu beeinflussen hofften.

Ab 1931 begann Wintershall, mit der Erdölförderung und -verarbeitung ein neues Geschäftsfeld aufzubauen. Ein Anstoß dafür ging von der Erschließung der Lagerstätte Volkenroda aus. Die Hoffnungen auf weitere größere Erdölfunde in Thüringen erfüllten sich in der Folgezeit allerdings nicht. Als dauerhafter und wirtschaftlich bedeutender erwiesen sich die ebenfalls 1931 erfolgte Übernahme der vom Tiefbohrpionier Anton Raky gegründeten Gewerkschaft Nienhagen, die Beteiligung an der Gewerkschaft Elwerath sowie die Übernahme der Raffinerie Salzbergen. Damit gelang es Wintershall, sich neben DEA, Preussag und Elwerath als neuer Player im Erdölgeschäft zu etablieren.

Um ihre Position in der Mineralölwirtschaft auszubauen und gegen konkurrierende Interessen zu sichern, nutzte Wintershall unmittelbar nach der Macht- übernahme Hitlers die bereits zuvor geschaffenen persönlichen Kontakte zu einigen Führungsspitzen des Regimes. Schon 1933/34 begann unter Verletzung des Versailler Vertrages eine Kooperation mit militärischen Stellen. Das Unternehmen stellte stillgelegte Kalischächte für die Einrichtung von Heeresmunitions- anstalten und später auch rüstungswichtige Produktionen zur Verfügung.

Die auf Autarkie und Aufrüstung gerichtete Wirtschaftspolitik des NS-Regimes begünstigte die Ausweitung der Aktivitäten in der Mineralölwirtschaft. Wintershall beteiligte sich über Elwerath am Aufbau bzw. Ausbau von zwei rüstungswichtigen Raffinerien in Misburg und übernahm 1935 das Tankstellen- netz der NITAG.

Auch investierte das Unternehmen in die Herstellung von Benzin aus Kohle, zunächst in eine Fischer-Tropsch-Synthese in Castrop-Rauxel und ab 1936 in den Bau eines neuen Werkes in Lützkendorf, das mit unterschiedlichen Verfahren sowohl Kraft- als auch Schmierstoffe herstellen sollte.

Weitere kriegswirtschaftliche Investitionen stellten die Aufnahme einer Leichtmetallproduktion und die Herstellung von hochkonzentrierter Salpetersäure dar. Allerdings erfüllten sich die Hoffnungen Rostergs auf eine „von allen Zwängen befreite Wirtschaft“ nicht. Ganz im Gegenteil. Das NS-Regime unterwarf die Kaliwirtschaft einer immer strengeren Regulierung und drängte auch bei der Produktion von Mineralölen und Leichtmetallen auf höhere, betriebswirtschaftlich nicht gerechtfertigte Investitionen.

Wintershall wurde damit im doppelten Sinne zum Teil der „Ökonomie der Zerstörung“. Zum einen wurden die eigenen Ressourcen zunehmend in den Dienst der Kriegswirtschaft gestellt und trugen damit zum nationalsozialistischen Vernichtungskrieg und zur Besatzungsherrschaft in großen Teilen Europas bei, zum anderen setzte Wintershall ihre eigenen Existenzgrundlagen aufs Spiel. Dies zeigte sich besonders drastisch am Lützkendorfer Beispiel. Wintershall war mit dem Aufbau dieses Werkes technisch-technologisch und organisatorisch völlig überfordert.

An der Ausbeutung von Erdölvorkommen in Polen, Ungarn und in der Ukraine nahm Winterhall gemeinsam und in Abstimmung mit den anderen deutschen Ölkonzernen durch Beteiligungen an mehreren dort tätigen Mineralölgesellschaften teil. Zuvor hatte das Unternehmen Erdölkonzessionen in Österreich erworben und sich an der im Verlaufe des Krieges immer wichtiger werdenden Erdölförderung in der „Ostmark“ beteiligt.

Bei Kriegsende gingen rund 90 Prozent der Produktion sowie alle Auslandsbeteiligungen verloren. Die Produktionsstätten der Wintershall in der Sowjetischen Besatzungszone wurden enteignet.



Dr. Rainer Karlsch

Rainer Karlsch ist Wirtschaftshistoriker am Institut für Zeitgeschichte in Berlin/München. Er veröffentlichte unter anderem die Arbeit „Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974“ und gilt als Kenner der Geschichte der deutschen Erdölbranche. Karlsch forschte als freier Publizist bereits für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, die Technische Sammlung Dresden, die Carl-Zeiss-Stiftung Heidenheim und für die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte.

Prof. Dr. Manfred Grieger (Georg-August-Universität in Göttingen)

Betriebliche Sozialpolitik und Zwangsarbeit. Zwei Seiten der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ bei Wintershall

Die Rolle von Unternehmen im Nationalsozialismus wurde seit den 1990er-Jahren oft anhand der massenhaften Zwangsarbeit in den Betrieben diskutiert. Während zuletzt aber vor allem die systemintegrierenden Faktoren im Rahmen der „Volksgemeinschaft“-Forschung betont wurden, steht hier das Nebeneinander von betrieblicher Sozialpolitik und der Ausbeutung von Zwangsarbeitern als die beiden Seiten einer rassistisch strukturierten NS-Betriebsgemeinschaft bei Wintershall im Fokus.

Der Etablierung der Macht der Nationalsozialisten folgte die allmähliche Überwindung der Weltwirtschaftskrise. Zugleich stützte deren Förderung der nationalen Erdölwirtschaft die von August Rosterg vorgenommene strategische Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Wintershall AG auf den Erdölbereich. Im Ergebnis konnte bis Ende 1933 die Produktion in etlichen Kalistandorten verstetigt, die Anzahl der Feierschichten verringert und sogar einzelne stillstehende Anlagen wieder in Betrieb genommen werden.

Im Erdölbereich kam es sogar zu Neueinstellungen, sodass sich auf betrieblicher Ebene die wirtschaftliche Belebung widerspiegelte. Im Ergebnis stieg die Konzernbelegschaft im Jahre 1933 von 4.455 auf 5.206 Beschäftigte und verdreifachte sich bis 1938 sogar auf 13.340 Mitarbeiter. Neueinstellungen bildeten nach der tiefen Krise die wohl wichtigste Maßnahme mit loyalitätssteigernder Wirkung – sowohl gegenüber dem Unternehmen wie auch gegenüber dem NS-Regime.

Zudem verbesserten nach den Tariflohnkürzungen im Frühjahr 1934 die Mehrarbeit und die Akkordsteigerungen das Durchschnittseinkommen von Kalarbeitern um mehr als ein Drittel.

Bei den freiwilligen sozialen Leistungen wie Weihnachtsgeldern bestand einerseits hohe Kontinuität. Andererseits zeigten die Übernahme der Kosten für KdF(Kraft durch Freude)-Fahrten, Studienreisen und Lehrfahrten, die geldliche Unterstützung bei militärischen Übungen oder auch die Freistellung zu den Lehrgängen der NSDAP oder der SS und die Übernahme der Fahrtkosten als Dienstreisen eine erkennbare Ausrichtung der Wintershall AG auf die Regimeaktivitäten. Darüber hinaus implementierte das Unternehmen den Appell, etwa zum 1. Mai oder auch zum einjährigen Regierungsjubiläum der NSDAP in Thüringen, als politische Vergemeinschaftungsform im Nationalsozialismus.

Flächendeckend durchgeführt und stets nach dem gleichen Ablauf durch Aufstellung der Belegschaft, Fahneneinzug, Ansprachen, Huldigung des „Führers“ usw. ablaufend, stieg die vollständige Anwesenheit zum Leistungsparameter auf. Die Nazifizierung der betrieblichen Sphäre zeigte sich auch in der quasimilitärischen Inszenierung des Unfalltodes. Erfolgte nach dem Brandunglück an der Bohrung Nienhagen 22 mit sechs Todesopfern 1934 noch eine Trauerfeier unter Beteiligung des örtlichen Pastors, glich die pompöse Feierlichkeit nach dem Unfalltod von 14 Beschäftigten des Werks Kaiseroda im August 1938 im Hinblick auf Fahnen, Aufmarsch und Ablauf einem NS-Staatsbegräbnis.

Nach Angabe von Wintershall-Vorstand Römer waren die Unfalltoten – wie Soldaten – „auf dem Felde der Ehre“ gestorben, und er rief die Lebenden auf, „ebenso vorbildlich in der Volksgemeinschaft zu wirken und zu schaffen“ wie sie. Römer gelobte überdies, „innerhalb der uns vom Führer Adolf Hitler gestellten Aufgaben alles das zu tun“, was den Unfallschutz verbessern könnte.



Die Ausrufung einer nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ nährte die Illusion der Überwindung sozialer Gegensätze. Allerdings brachte der Arbeitsprozess die betrieblichen Hierarchieunterschiede immer wieder zutage und insbesondere die Berechnung des Leistungslohns führte immer wieder zu Meinungsunterschieden, bei denen mitunter der NS-dominierte Vertrauensrat vermittelte. Auch der traditionale Absentismus oder das saisonale Fernbleiben von Nebenerwerbslandwirten zog unter Umständen den Vorwurf der Arbeitsverweigerung oder die Unterstellung „asozialen Verhaltens“ nach sich. Hinweise auf oppositionelles Verhalten und Widerstandstätigkeit ehemaliger Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter zeigen auf, dass nicht alle mittaten.

Der vom Unternehmen und vom NS-Regime ausgeübte Leistungsdruck und die Disziplinierungspolitik verschärften sich im Zweiten Weltkrieg weiter, wobei die ab 1940 von der Wintershall rekrutierten ausländischen Ersatzarbeitskräfte unter besonders strenger Kontrolle standen. Die Frage des Zwangsarbeitereinsatzes, der der betrieblichen Ebene überwiesen worden war, stand nur ganz gelegentlich auf Vorstandssitzungen oder im Aufsichtsrat zur Diskussion.

Im zum Wintershall-Konzern gehörigen Spritzgusswerk Fusor in Berlin-Rudow waren beispielsweise 1941 auch mehrere Hundert deutsche Juden im Rahmen des „Geschlossenen Arbeitseinsatzes“ als Zwangsarbeiter tätig. Dort erhielt ein Berliner Jude, dem „Aufsässigkeit“ gegen seinen Vorgesetzten vorgeworfen worden war, in einer Straffaktion mit einem Tau Schläge.

Darüber hinaus hatten insbesondere Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion unter Repressalien zu leiden. Auch wenn keine Vorstandsanweisung zur Brutalisierung der Arbeitsbeziehungen bestanden haben dürfte, waren bei Fusor alle Vorkommnisse dem Betriebsführer zu melden, der seinerseits den Betriebsobmann der Deutschen Arbeitsfront (DAF) mit der Bestrafung der betreffenden Personen beauftragte. Dass ein DAF-Funktionär insbesondere dem Äußeren nach Jüdinnen aus besserem Hause die Toiletten der jüdischen Zwangsarbeiter zu putzen auftrag, wobei sich die „deutschen“ Putzfrauen zuvor geweigert hatten, für die Juden zu arbeiten, wirft ein bezeichnendes Licht auf die betriebliche Internalisierung von rassistischen Regeln des NS-Regimes.

Die Abhängigkeit von ausländischen Zwangsarbeitern bestand im wachsenden Maße. Denn im weiteren Kriegsverlauf stieg der Ausländeranteil auf mehr als ein Drittel der Belegschaften an, wobei im Ölbereich schätzungsweise 6.200, im Kalisegment 2.900 und bei der Leichtmetallverarbeitung mehr als 500 Zwangsarbeiter der unterschiedlichen Kategorie und Nationalität eingesetzt waren.

Das Großprojekt Lützkendorf bildete geradezu einen Mikrokosmos der NS-Kriegsgesellschaft, war doch das Werksgelände auch durch zahlreiche Massenunterkünfte für die verschiedenen Ausländergruppen geprägt. Denn neben Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen griff die dortige Betriebsleitung für den Ausbau des Werks bereits ab Frühjahr 1940 auf Strafgefangene der Strafanstalt Naumburg zurück. Bis 1942 erfolgte eine Aufstockung des Kontingents auf 164 Polen. Die Mehrzahl ersetzte mit ihrer Muskelkraft fehlende Maschinen oder stand bis zu den Knien im Dreck. Die anhaltende Energieleistung der Sozialabteilung des Werks, immer wieder Ersatz oder zusätzliche Strafgefangene zu erhalten, verweist darauf, dass unfreie Arbeit zur Betriebsnormalität des Lützkendorfer Werks gehörte.

Zur Disziplinierung der ausländischen Zwangsarbeiter bestand auf dem Werksgelände zudem ein „Arbeitserziehungslager“ der Leipziger Gestapo. Nach den Bombardierungen im Sommer 1944 stellte die SS Mitte August 1944 sogar noch mehr als 920 KZ-Häftlinge für die Schadensbeseitigung zur Verfügung, womit die letzte, vollkommen rechtlose und schonungslos ausgebeutete Zwangsarbeitergruppe Verwendung fand. Hunger, Krankheit, Drangsalierung und Tod gehörten schon längst zum betrieblichen Alltag.

Mit der Entscheidung, im sauerländischen Messinghausen eine Ersatzanlage zu errichten und Arbeitskräfte und Anlagen dorthin abzugeben, schmolz die auf dem Höhepunkt 8.700 Mann betragende Belegschaft ab Dezember 1944 deutlich ab.

Die Konzernleitung in Kassel, die die menschenrechtsverletzende Behandlung ausländischer Zwangsarbeiter an die dezentralen Betriebsstrukturen abdelegiert hatte, konnte in der Nachkriegszeit nach dem Vorbild des kaufmännischen Leiters des Rudower Tochterunternehmens behaupten, „persönlich mit den ausländischen Arbeitern nicht zu tun“ gehabt zu haben.

Tatsächlich etablierte die Betriebspraxis in der Wintershall AG das für das NS-System charakteristische Nebeneinander von Inklusion der Dazugehörigen und der rassistischen Diskriminierung der Exkludierten.



Professor Dr. Manfred Grieger

Manfred Grieger ist Wirtschaftshistoriker und Honorarprofessor an der Georg-August-Universität in Göttingen. Von 1998 bis 2016 war er Leiter der Historischen Kommunikation in der Konzernkommunikation bei Volkswagen. Zuvor hatte Grieger mit der Arbeit „Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, 1933-1948“ zum Dr. phil. promoviert. Grieger ist Mitglied in der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen sowie im Arbeitskreis für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte.

Über die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte

Die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GUG) ist eine international anerkannte wissenschaftliche Einrichtung zur Förderung der unternehmenshistorischen Forschung. Sie gibt die Zeitschrift für Unternehmensgeschichte heraus und verleiht den Preis für Unternehmensgeschichte. Sie versteht sich als Mittlerin zwischen Wissenschaft und Praxis. Um den Dialog zwischen Unternehmen und Wissenschaftlern zu fördern, organisiert die GUG regelmäßig Vortragsveranstaltungen, wissenschaftliche Symposien und Arbeitskreise. Zudem vernetzt sie die deutsche Unternehmensgeschichte europa- und weltweit u. a. über die Ausrichtung internationaler Kongresse oder ihre Mitgliedschaft und Mitwirkung in der European Business History Association (EBHA), International Economic History Association (IEHA) oder dem World Congress of Business History (WCBH).

Seit über 25 Jahren führt die GUG Auftragsforschung zur Aufarbeitung der Unternehmensgeschichte einzelner Firmen oder von Teilaspekten des historischen Wirkens durch und begleitet Unternehmen beim Archivaufbau. Die historischen Studien werden von ausgewiesenen Unternehmenshistorikern durchgeführt mit entsprechender wissenschaftlicher Anbindung durchgeführt und von der GUG in allen Phasen – von der Konzeption bis zum druckreifen Manuskript – begleitet.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter
www.unternehmensgeschichte.de

Wintershall Dea GmbH

Friedrich-Ebert-Str. 160
34119 Kassel, Deutschland

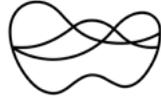
Kontakt: Ute Orgir,
Project Management Corporate History
Corporate Communications

Tel. +49 561 301-1805
ute.orgir@wintershalldea.com

Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V.

Sophienstraße 44
60487 Frankfurt am Main

Tel. +49 069 97 20 33 14
info@unternehmensgeschichte.de



wintershall dea